

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Mit großem Medienecho ließen Union und FDP in dieser Woche die **Verhandlungen über die SGB-II-Regelsätze im Vermittlungsausschuss** scheitern. Die Regierung nimmt damit eine ihrer wichtigsten Pflichten nicht wahr: Schwarz-Gelb versäumt es, den Richterspruch des Bundesverfassungsgerichtes umzusetzen und verschließt sich dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Bereits vergangenen Februar forderte das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung. Erst Ende Oktober kam ein erster, völlig unzureichender Gesetzentwurf der Bundesregierung. Die Regierung hat den Verhandlungen um SGB-II-Regelsätzen nicht die notwendige Ernsthaftigkeit entgegengebracht und hat zu langsam gehandelt!

Im Vermittlungsausschuss wurden drei Themen beraten: Die Höhe der Regelsätze, das Bildungspaket für bedürftige Kinder und Mindestlöhne. Ministerin von der Leyen inszeniert sich nun als Retterin der bedürftigen Kinder, indem sie behauptet, das Bildungspaket sei ihr größtes Ziel. Damit wolle sie Kinderarmut verhindern. **Wahr ist jedoch: Von der Leyen verhindert eine wirksame Bekämpfung von Kinderarmut.** Das Bildungspaket kann zwar helfen, um die Kinder, die derzeit von Armut betroffen sind, zu fördern. Mindestens genauso wichtig ist jedoch die Bekämpfung der Ursachen von Kinderarmut, die in der Einkommensarmut der Eltern begründet ist. Wenn Eltern durch faire Löhne und gerechte Regelsätze ein anständiges Leben für sich und ihre Familien sichern können, ist das die beste Bekämpfung von Kinderarmut!



**Berlin-Brief, Ausgabe 90**  
11. Februar 2011

*Meine Termine*

**Winterfeier der TG Böckingen**

12.02.2011, 19.30 h, Heilbronn-Böckingen, Bürgerhaus

**Fraktion vor Ort: Fairness auf dem Arbeitsmarkt mit Katja Mast MdB und Georg Nelius MdL**

14.02.2011, 19.30 h, Buchen, Gasthof zum Schwanen, Kellerereistraße 44

**Betriebsräte- und Gewerkschafterkonferenz der SPD**

15.02.2010, 10 h, Mannheim, Congress Center Rosengarten

**Veranstaltung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Wohin steuert die Türkei?“ mit FAZ-Korrespondent Dr. Rainer Hermann**

16.02.2011, 17 h, Heilbronn, Haus des Handwerks

**Prunksitzung der Carneval-Gesellschaft Heilbronn**

19.02.2011, 20 h, Heilbronn-Neckargartach, Neckarhalle

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030-227-70107

[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**

Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn  
Tel. 07131-783616

[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**

[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

---

**Union und FDP haben die Verhandlungen absichtlich scheitern lassen.** Die Bundesregierung war nicht in der Lage, eine einheitliche Position abzustimmen. Eigentlich mussten wir mit vier Parteien verhandeln: CDU, CSU, FDP und Ursula von der Leyen. Die Forderungen der Bundesregierung waren orientierungslos und unklar. So kann man nicht verhandeln! Selbst der **Stern** schrieb: „**Man kann nur hoffen, dass die Wähler ihre Chance nutzen und die schwarz-gelben Koalitionsparteien bei den kommenden Landtagswahlen abstrafen** – für die unsinnige Zockerei, die sich CDU/CSU und FDP bei den Gesprächen über Hartz IV geleistet haben.“

Unter der Führung von Kurt Beck haben die SPD-geführten Länder am Freitag im Bundesrat durchgesetzt, dass nicht über die schwarz-gelben Vorschläge abgestimmt wird. Anstatt die Regierungsvorlage abzulehnen, haben wir uns darum bemüht, dass der **Vermittlungsausschuss erneut angerufen** wird. Damit haben wir deutlich gemacht, dass es uns bei den Verhandlungen um die Menschen und nicht um parteipolitische Strategie geht.

Ein wichtiges Thema für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region sind die **Neckarschleusen**. Vor wenigen Wochen kam in den letzten Seiten eines Berichts zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ans Tageslicht, dass Union und FDP den Ausbau der Neckarschleusen, den die SPD in der vergangenen Legislatur durchgesetzt hatten, in Frage stellt. In der Fragestunde im Plenum des Bundestages befragte ich gemeinsam mit baden-württembergischen Kollegen dazu den Parlamentarischen Staatssekretär im Verkehrsministerium, Andreas Scheuer (CDU). Auf dessen Aussage gestützt hatte der Heilbronner OB Himmelsbach verkündet, der Schleusenausbau sei gesichert. Scheuer hat im Plenum jedoch gesagt, dass der Regierung der Ausbau lediglich „wichtig“ sei und hat betont, keine Zusage zum Ausbau gegeben zu haben. Ich lag mit **meiner Einschätzung** bei der Sitzung des Regionalverbands **richtig**, dass die **Neckarschleusen weiter in Gefahr** sind. In Berlin werde ich mich weiterhin für den umweltfreundlichen Güterverkehr auf Wasserstraßen einsetzen und für den Ausbau der Neckarschleusen kämpfen! Dass sich Staatssekretär Scheuer weigert, sich eindeutig hinter die Neckarschleusen zu stellen, zeigt, dass **Schwarz-Gelb vermutlich erst nach der Landtagswahl mit der Wahrheit herausrückt**: Der Nicht-Ausbau der Neckarschleusen soll nach dem 27. März verkündet werden. Das ist wieder einmal typisch schwarz-gelbe Politik!

Mit freundlichen Grüßen

